

8 SCHRIFTEN ZUR DIDAKTIK  
DER DEMOKRATIE



EGAL

# Gefährdete Demokratie – Resiliente Demokratie

Beiträge aus Forschung und Praxis

Herausgegeben von Carl-Hans Hauptmeyer,  
Christian Hellwig, Christiane Schröder,  
Abelina Junge und Denise Hoins

WALLSTEIN

Gefährdete Demokratie – Resiliente Demokratie

Schriften zur Didaktik der Demokratie

Herausgegeben von Michele Barricelli, Christian Hellwig,  
Dirk Lange, Detlef Schmiechen-Ackermann und  
Christiane Schröder

Band 8

# Gefährdete Demokratie – Resiliente Demokratie

Beiträge aus Forschung und Praxis

Herausgegeben von Carl-Hans Hauptmeyer,  
Christian Hellwig, Christiane Schröder, Abelina Junge  
und Denise Hoins

WALLSTEIN VERLAG

Gefördert durch die Stiftung Niedersachsen



**Stiftung  
Niedersachsen**

© Wallstein Verlag, Göttingen 2026

Wallstein Verlag GmbH

Geiststr. 11, 37073 Göttingen

[www.wallstein-verlag.de](http://www.wallstein-verlag.de)

[info@wallstein-verlag.de](mailto:info@wallstein-verlag.de)

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond und TheSans

Umschlaggestaltung: Marion Wiebel, Wallstein Verlag

Umschlagbild: Wahlzettel mit Kreuz bei egal, Wahlmüdigkeit; picture-alliance |

Christian Ohde / CHROMORANGE

ISBN (Print) 978-3-8353-5507-1

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-8669-3

# Inhalt

GABRIELE ANDRETTA

»Demokratie braucht Demokraten«.

Die aktive Zivilgesellschaft als Lebenselixier einer Staatsform . . . . . 7

VOLKER EPPING

Grußwort »Bedrohte Demokratie?« . . . . . 12

ABELINA JUNGE, CARL-HANS HAUPTMEYER,  
CHRISTIAN HELLWIG, CHRISTIANE SCHRÖDER

Gefährdete Demokratie – Resiliente Demokratie?

Einleitende Überlegungen . . . . . 15

THOMAS SCHAARSCHMIDT

Ein Masterplan zur stabilen Demokratie?

Von erfolgreichen und gescheiterten Systemtransformationen

in der Geschichte . . . . . 21

CARL-HANS HAUPTMEYER

Aus historischer Erfahrung.

Demokratie leben – von unten . . . . . 36

OLIVER RATHKOLB

Plädoyer für mehr zeithistorische und neue Formen der Demokratiebildung 46

HANS-ULRICH THAMER

Der lange Schatten der NS-Vergangenheit und die Stabilität der Demokratie 58

CHRISTIAN HELLWIG, KAROLIN QUAMBUSCH,

DETLEF SCHMIECHEN-ACKERMANN

Deutsche Teilungsgeschichte: Zwischen historischer Aufarbeitung  
und erinnerungskultureller Debatte.

Einführende Überlegungen zu Freiheit, Demokratie und Diktatur . . . . . 72

DIETMAR VON REEKEN

Historische Bildung als Immunisierung?

Überlegungen zum Stellenwert der Geschichte in unsicheren Zeiten . . . . . 88

MICHELE BARRICELLI

Demokratiegeschichte als Aufgabe der historisch-politischen Bildung.

Überlegungen zu einer erzähltheoretischen Herausforderung

aus geschichtsdidaktischer Perspektive . . . . . 104

CHRISTIAN HELLWIG, ABELINA JUNGE »Bilder aus Veles«. Demokratische Meinungsbildungsprozesse im visuell verfassten digitalen Zeitalter . . . . .	118
DIRK LANGE, LARA KIEROT Inclusive Citizenship und Rassismuskritik als Demokratiekonzepte. Herausforderungen und Aufgaben einer subjektorientierten Politischen Bildung . . . . .	130
MATHIAS BÖS Cultural Heritage und Citizenship. Wessen Erbe wird in der Demokratie gepflegt? . . . . .	142
ELIZAVETA FIRSOVA-ECKERT, BASTIAN VAJEN Verschwörungstheorien. Demokratische Herausforderung und schulische Relevanz . . . . .	154
THOMAS SCHWARK Auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. Museen als demokratische Lernorte . . . . .	169
KAROLIN QUAMBUSCH Das Ausstellungsprojekt zum Gorleben-Treck als demokratiegeschichtlicher Beitrag . . . . .	184
CHRISTINE SCHOENMAKERS Digital ist besser?! Geschichte(n) im Internet: Formate – Möglichkeiten – Herausforderungen . . . . .	196
THERESA BECHTEL (Wie) Kann man »Demokratie« lernen? Zu den Möglichkeiten von Demokratiebildung in der Schule . . . . .	212
FRANZ RAINER ENSTE Aktuelle Herausforderungen an die Antisemitismus-Bekämpfung aus Sicht eines Landesbeauftragten (Oktober 2019 bis Januar 2023) . . . . .	226
DETLEF SCHMIECHEN-ACKERMANN Demokratiegeschichte erforschen und Demokratiebewusstsein schaffen – eine große gesellschaftliche Herausforderung im 21. Jahrhundert . . . . .	239
Autor*innenverzeichnis . . . . .	246

## »Demokratie braucht Demokraten«

Die aktive Zivilgesellschaft als Lebenselixier einer Staatsform

*Gabriele Andretta*

»Demokratie braucht Demokraten«: Die Quintessenz vieler Beiträge des im November 2021 durchgeführten Symposiums, auf das sich dieser Sammelband bezieht, hätte kaum aktueller sein können.

Seit einigen Jahren spukt durch den Blätterwald und auf Akademietagungen das Gespenst der »Weimarer Verhältnisse«.<sup>1</sup> Damit verbinden sich Warnungen vor einer zunehmenden Abwendung der Bürgerinnen und Bürger von den demokratischen Institutionen, entsprechend dem Diktum des langjährigen Präsidenten des Weimarer Reichstages, Paul Löbe, die erste deutsche Demokratie wäre auch daran gescheitert, dass sie eine »Demokratie ohne Demokraten« gewesen sei.<sup>2</sup>

Wengleich in der Regel konzidiert wird, die Berliner Republik sei weit davon entfernt, Weimar zu sein, so häuften sich doch zuletzt Studien mit bedenklich stimmenden Befragungsergebnissen. Einer Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge ist nicht einmal mehr die Hälfte der Menschen in Deutschland zufrieden damit, wie die Demokratie in unserem Land funktioniert.<sup>3</sup> Das deckt sich mit anderen Erhebungen, etwa dem im Spätsommer 2022 veröffentlichten Bericht des Ostbeauftragten der Bundesregierung, dem Deutschland-Monitor, der ebenfalls eine abnehmende Demokratiezufriedenheit in Deutschland diagnostiziert: In Westdeutschland sind demnach bloß noch 59 Prozent mit der Demokratie zufrieden, in Ostdeutschland gar nur 39 Prozent. Die Auffassung, dass Politikerinnen und Politiker zuerst das Gemeinwohl im Sinn hätten, ist laut Deutschland-Monitor ebenso signifikant rückläufig wie die Ansicht, in Deutschland könne ohne Bedenken frei die eigene Meinung geäußert werden.<sup>4</sup>

1 Vgl. Andreas Wirsching: Warum Berlin weit davon entfernt ist, Weimar zu sein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. 9. 2017.

2 Kritisch hierzu Hendrik Thoß: Demokratie ohne Demokraten? Die Innenpolitik der Weimarer Republik, Berlin 2008.

3 Vgl. Frank Decker u. a.: Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?, Bonn 2019.

4 Vgl. Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland (Hg.), Ostdeutschland. Ein neuer Blick, Berlin 2022. <https://www.ostbeauftragter.de/ostb-de/themen/bericht-des-ostbeauftragten> (letzter Zugriff: 21. 2. 2025).

Außerhalb Deutschlands sind die Entwicklungen noch besorgniserregender. Die Demokratie befindet sich offenbar auf breiter Flur in der Defensive. In Israel ist eine rassistische Partei Bestandteil des bei der letzten Wahl zur Knesset siegreichen Bündnisses unter Benjamin Netanjahu. In Italien und Schweden sind Parteien mit faschistischen bzw. neonazistischen Wurzeln seit Neuestem an der Regierung beteiligt, in Italien sogar führend. In Frankreich herrscht ein giftiges politisches Klima, mit einer Regierung ohne Mehrheit und mit starken Extremen, die sich obendrein in der Gegnerschaft zur Regierung einander annähern. In den USA wiederum wurden zuletzt aufgrund der zugespitzten Lagerpolarisierung und der stark gestiegenen Fallzahlen politischer Gewalt und Einschüchterung gegen Amtsträger Stimmen laut, welche die Führungsnation der westlichen Demokratien am Rande eines Bürgerkriegs wähen.<sup>5</sup> Und für die Entwicklungs- und Schwellenländer gilt: Erstmals seit Anfang der 2000er-Jahre gibt es mehr autokratische als demokratische Staaten. Zu diesem Resultat jedenfalls kommt der Transformations-Index der Bertelsmann-Stiftung, der seit 2003 erhoben wird.<sup>6</sup>

Auch in anderer Hinsicht gibt es heute gute Gründe für die Frage, ob die Demokratie womöglich bedroht sei, etwa wenn – wie in den letzten zwei Jahren im Zeichen der Corona-Pandemie geschehen – wichtige Grundrechte eingeschränkt werden, die wesentlich für ebendiese Demokratie sind.

Als ein frühes Warnzeichen von Demokratiekrisen gilt gemeinhin die Verschiebung der Entscheidungskompetenzen von der Legislative zur Exekutive, der Machtverlust der Parlamente und die Aushöhlung ihrer Zentralstellung bei der Kontrolle der Exekutive. Besonders zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 war es für die Parlamente schwierig, ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag als Gesetzgeber und Kontrollinstanz nachzukommen. Regiert wurde mit Rechtsverordnungen, die Macht hatte sich vom Parlament zur Regierung verschoben, der pandemische Ausnahmezustand, so hieß es ganz selbstverständlich, sei die »Stunde der Exekutive«.<sup>7</sup> Mit Fortdauern des Krisenmodus wuchs allerdings das Unbehagen: Warnende Stimmen wurden laut, die Corona-Krise nicht zu missbrauchen, um demokratische Prozesse auszuhöhlen und die Institutionen der Demokratie nachhaltig zu schwächen.

5 Vgl. Fabian Fellmann: Angriff schreckt Amerikaner auf, in: Süddeutsche Zeitung, 31.10./01.11.2022.

6 Vgl. Bertelsmann Stiftung: Demokratie weltweit unter Druck: Zahl der autoritären Regierungen steigt weiter, 24.2.2022. [https://bti-project.org/fileadmin/api/content/de/downloads/presse/BTI\\_2022\\_Pressemitteilung.pdf](https://bti-project.org/fileadmin/api/content/de/downloads/presse/BTI_2022_Pressemitteilung.pdf) (letzter Zugriff: 14.11.2022).

7 Vgl. Klaus Stüwe: Krise in der Demokratie – Demokratiekrise? Ausnahmezustand und demokratischer Verfassungsstaat, in: Die politische Meinung, Nr. 563, Juli/August 2020, S. 77-82.

Die Corona-Pandemie, der Klimawandel, der Ukraine-Krieg, drängende Fragen im Zusammenhang mit Migrationsbewegungen, um nur die vorrangigsten Probleme zu nennen, müssen gelöst werden. Das wirft Fragen auf, insbesondere in der globalen Systemkonkurrenz mit autoritären Regimen: Kollidieren einerseits die weitgestreckten Zeitintervalle, in denen die diesbezüglichen Entscheidungen vorbereitet, abgestimmt und durchgesetzt werden müssen, mit der sehr viel kurzfristigeren, an Wahlterminen ausgerichteten Taktung demokratischer Politik? Sind andererseits westliche Demokratien mit ihrer unübersichtlichen Stimmenvielfalt, ihren langwierigen Verhandlungsverfahren und permanenten Kompromisszwängen zu Regulationssetzungen im notwendigen Tempo und mit der erforderlichen Reichweite und Konsequenz strukturell in der Lage?

Gerade föderalistische Bundesstaaten wie die Bundesrepublik Deutschland zeichnen sich durch eine starke Politikverflechtung und eine große Zahl zu beteiligender Akteurinnen und Vetospieler aus und wurden deshalb in der Vergangenheit aus den Reihen der Politik- und Sozialwissenschaft nicht ganz selten wegen ihrer vermeintlich notorischen Entscheidungsschwäche und Schwerfälligkeit gescholten. Zwar erscheint im Angesicht des international grassierenden illiberalen Populismus eine breite Streuung der Macht nicht nur zwischen der gesetzgebenden, der ausführenden und der rechtsprechenden Gewalt, sondern auch zwischen Kommunen, Ländern, dem Bund und Europa zunehmend als Versicherung gegen einen nachhaltigen Siegeszug autoritärer Parteien und Bewegungen, doch verbindet sich zugleich das Bild des eingeschränkt manövrierfähigen Tankers noch immer ganz selbstverständlich mit der Institutionenordnung und den Konfliktlösungsmechanismen der Mehrebenen- und Verhandlungsdemokratie.<sup>8</sup>

Wie gut also sind Demokratien für die globalen Krisen gewappnet? Was sind die Gefährdungen der Demokratie in unserem Zeitalter? Was macht Demokratien resistent? Diese Fragen gehören zu den Kernfragen der Demokratieforschung. Mehr noch: Kaum eine Frage wird so ausdauernd und kontrovers diskutiert wie die Frage nach dem Zustand der Demokratie.

Freilich: Der Diskurs mag kontrovers verlaufen, für das Gros der Demokratieforschenden scheint die Frage indes entschieden zu sein: Viele Vertreterinnen und Vertreter der Zunft haben längst das Ende des demokratischen Zeitalters, getrieben von Prozessen der Globalisierung und ihren sozialen

8 Vgl. Roland Czada: Der Begriff der Verhandlungsdemokratie und die vergleichende Policy-Forschung, in: Renate Mayntz/Wolfgang Streeck (Hg.): Die Reformierbarkeit der Demokratie. Innovationen und Blockaden. Festschrift für Fritz Scharpf. Frankfurt a. M. 2003, S. 173-203.

Folgen, ausgemacht. Der britische Sozialwissenschaftler Colin Crouch konstatiert, dass wir auf dem besten Wege in eine »Postdemokratie« sind, in der sich neue Formen des Regierens herausgebildet haben, die einer demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen sind.<sup>9</sup>

Zugespitzter noch als die Postdemokratie ist der Begriff der »Fassaden­demokratie«, wie ihn etwa Rainer Mausfeld verwendet: Die großen politischen Entscheidungen werden demzufolge von Instanzen und Akteuren bestimmt, die nicht der Kontrolle der Wählenden unterliegen. Die Hülse der repräsentativen Demokratie sei zwar formal intakt, Systemstabilität aber werde über Medienkontrolle, durch eine zunehmend repressiver werdende Ordnung und eine auf weitgehender Überwachung basierende innere Sicherheitsarchitektur erzielt.<sup>10</sup>

Zu einem völlig anderen Ergebnis dagegen kommt die Historikerin Hedwig Richter. Sie hat vor einiger Zeit ein Buch herausgebracht, in dem sie allen Untergangsgesängen zum Trotz die Geschichte der Demokratie als Erfolgsgeschichte einer höchst vitalen Staatsform erzählt. Krisen, die von anderen Forschern zu »Treibern autoritärer Entwicklungen« erklärt werden,<sup>11</sup> sind für Richter der Modus der Demokratie und Kritik ihr Lebenselixier.<sup>12</sup>

Auch der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel betont den Charakter von Demokratien als dynamische, wandelbare Systeme. Herausforderungen wie der gesellschaftliche Wertewandel oder die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen seien in erster Linie nicht als Krisenfaktoren zu bedauern, sondern als notwendige, wenngleich nicht hinreichende Bedingung für die Weiterentwicklung der Demokratie in einer sich rasch wandelnden (Um-)Welt zu begrüßen. Im Übrigen sei bisher nirgends empirisch überzeugend dargelegt worden, wo die Schwellenwerte krisenhafter Verdichtung von ungelösten Problemen liegen, wie massenhaft die Aufkündigung des Legitimitätsglaubens sein muss oder wie weit die Zustimmung zu autoritären Regierungsweisen gehen darf, um von einer Krise der Demokratie zu sprechen.<sup>13</sup>

Nun lässt es sich den Fragen rund um Krisenindikatoren und Resilienz­aspekte des Demokratischen nicht nur auf dem Weg des theoretischen Demo-

9 Vgl. Colin Crouch: Postdemokratie, Berlin 2008.

10 Vgl. Rainer Mausfeld: Phänomene eines »Tiefen Staates« als Erscheinungsformen des autoritären Kapitalismus, in: Ullrich Mies/Jens Wernicke (Hg.): Fassadendemokratie und Tiefer Staat. Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter, Wien 2017, S. 47-62.

11 Vgl. Günter Frankenberg/Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 2022.

12 Vgl. Hedwig Richter: Demokratie. Eine deutsche Affäre, 4. Aufl., München 2021.

13 Vgl. Wolfgang Merkel: Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff, in: APuZ 66 (2016), H. 40-42, S. 4-11.

kratiediskurses, sondern auch über die Handlungsebene nähern. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dann die Demokratie als Lebensform und die Praxis der Demokratieerziehung.

Die Forderung nach Demokratieerziehung hat bis heute nichts an Aktualität eingebüßt. Dabei führt nicht schon Bildung an sich zu Kompromissfähigkeit, Verhandlungsbereitschaft und Mäßigung, wie Psychologen herausgefunden haben. Kognitive Fähigkeiten können vielmehr wie Polarisierungsbeschleuniger wirken, insbesondere ausgeprägte verbale Fähigkeiten mit einer prononciert radikalen Artikulation der eigenen Ansichten korrelieren.<sup>14</sup>

Demokratie ist vielmehr, darauf hat nicht zuletzt Oskar Negt wiederholt hingewiesen, die einzige Regierungsform, die gelernt werden muss. Es geht Negt zufolge darum, sich gleichsam »Vorräte« an *politischem* und *historischem* Wissen anzulegen. Nur so lasse sich auch ein Sensorium für mögliche Gefahren entwickeln, die der Demokratie drohen.<sup>15</sup>

Eine Demokratie ohne Demokratinnen und Demokraten jedenfalls kann keinen dauerhaften Bestand haben. Oder anders gesagt: »Demokratie braucht Demokraten!« Mit diesen schlichten Worten hat Friedrich Ebert kurz und präzise auf den Punkt gebracht, was heute genauso gilt wie vor hundert Jahren: Die Demokratie ist zu ihrer Sicherung und Fortentwicklung darauf angewiesen, dass sie vom Souverän mit Leben gefüllt wird.

Kurzum: Demokratie gründet auf der Zustimmung, der Handlungsfähigkeit und Handlungsbereitschaft ihrer Bürger und Bürgerinnen, sie lebt vom Engagement einer aktiven Zivilgesellschaft.

14 Vgl. Chien-An Lin/Timothy C. Bates: Sophisticated deviants: Intelligence and radical economic attitudes, in: *Intelligence* 95 (2022). <https://doi.org/10.1016/j.intell.2022.101699> (letzter Zugriff: 14. II. 2022).

15 Vgl. Oskar Negt: Politische Bildung und Europäische Integration – Ein lebenslanger Lernprozess für alle Europäer, in: Dirk Lange/Tonio Oeftering (Hg.): *Politische Bildung als lebenslanges Lernen*, Schwalbach a. Ts. 2014, S. 15-22.

# Grußwort »Bedrohte Demokratie?«

*Volker Epping*

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Frau Andretta,  
sehr geehrte Referentinnen und Referenten,  
sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,  
sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Präsidiums und der Philosophischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover begrüße ich Sie herzlich zum Symposium »Bedrohte Demokratie?«. Initiiert vom Institut für Didaktik der Demokratie (IDD) der LUH, richten Sie heute Ihren Fokus auf die gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft der Demokratie. Ein wichtiges Thema, dem sich das IDD als interdisziplinäres Forschungsinstitut unter der Leitung von Herrn Prof. Dirk Lange seit langer Zeit widmet.

Nun zur Kernfrage: Ist die Demokratie bedroht?

Um sich der Frage aus rechtlicher Sicht zu nähern, ist zunächst daran zu erinnern, dass Demokratie nichts anderes bedeutet als Herrschaft des Volkes. Das Volk ist Träger der Staatsgewalt. Dies besagt der Grundsatz der Volkssouveränität in Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.« Dieses Staatsstrukturprinzip ist von so elementarer Bedeutung für unsere Verfasstheit, dass der Grundgesetzgeber es einem besonderen Schutz unterstellt hat, der sogenannten Ewigkeitsklausel (Art. 79 Abs. 3 GG). Diese erlaubt keine Grundgesetzänderung, die (unter anderem) den Grundsatz der Demokratie auch nur berührt. Zudem ist unsere Demokratie als eine wehrhafte ausgestaltet, das heißt dass sich der demokratische Staat gegen seine Feindinnen und Feinde wehren darf und kann. Die Feinde der Demokratie sollen niemals die Möglichkeit bekommen, die Demokratie abzuschaffen. Ein rechtliches Mittel dazu ist beispielsweise das Verbot von demokratiefeindlichen Parteien (Art. 21 GG) oder Vereinen (Art. 9 Abs. 2 GG). Ausdruck der wehrhaften Demokratie ist auch das Widerstandsrecht (Art. 20 Abs. 4 GG), das jedem Deut-

schen das Recht auf Widerstand gegen jeden zugesteht, der es unternimmt, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen.

Trotz dieser Absicherungen ist unser Staat, ist unsere Demokratie ständig gefordert, sich zu behaupten. Obwohl Freiheit und Demokratie häufig in einem Atemzug genannt werden und in einem engen, geradezu konstitutiven Verhältnis zueinander stehen, da die Freiheit des Einzelnen Voraussetzung für die demokratische Organisation des Staates ist, handelt es sich um zwei auch gegensätzliche Prinzipien: Die Freiheit des Einzelnen findet grundsätzlich dort ihre Grenze, wo die Mehrheit im Wege des demokratischen Verfahrens eine Schranke errichtet hat.

Ich möchte an dieser Stelle zur Exemplifizierung nicht die Brücke zur Corona-Pandemie schlagen, sondern, fokussiert auf den Hochschulbereich, die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit als zwei der zentralen Freiheiten im vorbeschriebenen Sinne des konstitutiven Verhältnisses von Freiheit und Demokratie in den Blick nehmen.

Die Meinungs- und die Wissenschaftsfreiheit sowie ihre Ausübung und Grenzen stellen in den letzten Jahren auch die Hochschulen vor Herausforderungen und Konflikte. Es sind Tendenzen zu beobachten, dass Wissenschaftsfreiheit keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Wissenschaftsfreiheit ist im Grundgesetz, in der Grundrechtecharta der Europäischen Union, der Europäischen Menschenrechtskonvention und im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen verankert.

Wissenschaft dient der Suche nach Erkenntnis und Wahrheit. Sie hinterfragt bereits Bestehendes, gewinnt neue Erkenntnisse, eröffnet neue Perspektiven und allem voran ist sie einer der Grundsteine einer demokratischen, aufgeklärten Gesellschaft. Ist diese bedroht durch Verhaltensweisen, die zuweilen mit Cancel Culture umschrieben werden?

Auch an der Leibniz Universität Hannover haben sich in diesen Bereichen punktuell Auffälligkeiten ergeben: Sind diese bemerkenswert? Erinnern wir uns an die Studentenunruhen der 68er. Das relativiert schnell. Dessen ungeachtet ist für uns maßgeblich, dass die Universität immer ein Raum des freien und offenen Diskurses ist und bleibt. Wir haben die Aufgabe, Diskussionen zu führen. Während es im privaten Bereich jedem freisteht, sich mit anderen Meinungen als der eigenen nicht beschäftigen zu wollen, ist die Verweigerung der Auseinandersetzung mit missliebiger Forschung und Lehre in der Wissenschaft im Kontext der Hochschule indiskutabel. Es gehört für uns dazu, auch andere Meinungen auszuhalten.

Ich sehe meine Aufgabe als Universitätspräsident darin, dass ich die verfassungsrechtlich garantierte Wissenschafts- und Meinungsfreiheit schützen

muss. Solange der Boden unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung nicht verlassen wird, muss ich jede Einschränkung dieser Freiheiten ablehnen. Man mag dies anders sehen, aber der Maßstab ist durch unsere Verfassung klar gesetzt.

Es ist mir daher wichtig zu betonen, dass wir uns immer wieder unserer Werte vergewissern müssen, die wir haben. Wo viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Forschung und Lehre betreiben und Personen mit vielen verschiedenen Meinungen aufeinandertreffen, werden immer wieder Diskurse und Konflikte entstehen. Diese muss eine Hochschule aushalten, sofern die Diskurse und Konflikte den Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht verlassen, auch wenn sie »unbequem« sein sollten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine erkenntnisreiche Tagung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

# Gefährdete Demokratie – Resiliente Demokratie?

Einleitende Überlegungen

*Abelina Junge, Carl-Hans Hauptmeyer, Christian Hellwig,  
Christiane Schröder*

Im Jahr 2024 wurde in der Bundesrepublik feierlich der 75. Geburtstag des Grundgesetzes begangen. In seiner Festansprache betonte Frank-Walter Steinmeier, dass die damit verbundenen Errungenschaften ein Geschenk seien, »das wir im Alltag der Republik, im Alltag der Demokratie pflegen, bewahren und verteidigen müssen«.<sup>1</sup> Die Aufforderung des Bundespräsidenten muss in Zeiten multipler Krisen – einige Autor\*innen sprechen von einer »Polykrise«<sup>2</sup> – als unmissverständliche Mahnung und Aufforderung verstanden werden, für den Erhalt und die Stabilität der pluralistischen Demokratie einzustehen. Die Demokratie als Gesellschaftsform ist in den letzten Jahren weltweit unter Druck geraten. Oftmals wird in diesem Zusammenhang davon gesprochen, dass die Demokratie gefährdet oder bedroht sei.

Man wird nicht leugnen können, dass zahlreiche Indikatoren für diese These sprechen. Dieser Sammelband ist ein unmittelbares Resultat der mit dieser Zustandsbeschreibung verbundenen gesellschaftlichen Debatten. Die darin enthaltenen Beiträge gehen auf ein Symposium zurück, das im Herbst 2021 in Hannover stattfand. Ziel der Veranstaltung war es, aus interdisziplinärer Perspektive darüber zu diskutieren, mit welchen Herausforderungen sich demokratisch verfasste Gesellschaften derzeit konfrontiert sehen und welche Wege beschritten werden müssen, um verloren gegangenes Vertrauen in die Demokratie zurückzugewinnen und um die Akzeptanz für ein liberales und pluralistisch verfasstes gesellschaftliches Miteinander zu erhöhen. So lud das Institut für Didaktik der Demokratie (IDD) der Leibniz Universität Hannover seinerzeit dazu ein, diese Handlungsbedarfe aus unterschiedlichen

- 1 <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2024/05/240523-Staatsakt-75-Jahre-Grundgesetz.html> (letzter Zugriff: 16. 6. 2025).
- 2 Siehe exemplarisch: Adam Tooze: Zeitenwende oder Polykrise? Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand, in: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (Hg.): Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; H. 36, Berlin 2022, S. 13-32.

(fach-)wissenschaftlichen Perspektiven zu sammeln, gemeinsam ihre Gültigkeit im Kontext heutiger gefährdeter Demokratien zu reflektieren und eine Diagnose zur Resilienz ebendieser demokratischen Systeme und Werte zu wagen. Das IDD trägt hierzu durch seinen Beitrag in den Forschungsfeldern Bürgerbewusstsein und Partizipation, Rechtsextremismus und Demokratie, Nationalsozialismus und Diktaturerfahrung sowie Europäisierung und Globalisierung bei. Heute heißt es, Demokratien zu stärken und Diktaturen zu verhindern. Hierzu bedarf es historisch-politischer Erörterungen und interdisziplinärer Überlegungen zu neuen Strategien der Zivilcourage. Diese Forschung wurde am IDD durch Detlef Schmiechen-Ackermann maßgeblich geprägt, der die Abteilung historische Demokratieforschung und Erinnerungskulturen als Direktor bis 2023 leitete.

Dass eine Demokratie jedoch mehr braucht als ein reines Bekenntnis zu ihrem weiteren Bestehen, wurde in den Beiträgen des Symposiums deutlich, die sich mit aktiven Partizipationsformen in und für demokratische Bewegungen und Werte befassten. Ebenso wurde interdisziplinär beleuchtet, an welchen Schnittstellen – wie etwa in den (sozialen) Medien sowie in der schulischen und außerschulischen Bildung – ein Einsatz für die Demokratie nicht nur möglich, sondern erforderlich ist. Die Veranstaltung zeigte nicht nur Problemfelder auf, sondern skizzierte auch mögliche interdisziplinäre Lösungsansätze, die in den Beiträgen dieses Sammelbandes noch weiter ausgebaut und aktualisiert werden konnten.

Als die Herausgeber\*innen dieses Bandes zu Beginn des Jahres 2020 mit den Planungen für die Veranstaltung begannen, war noch nicht absehbar, mit welcher Dynamik die Polarisierung der Gesellschaft nicht zuletzt aufgrund der einschneidenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie voranschreiten würde. Auch der im Februar 2022 begonnene Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 auf Israel und die daraus resultierende Eskalation des Nahostkonfliktes sowie die Implikationen und Folgen dieser kriegerischen Auseinandersetzungen auf die Weltbevölkerung lassen uns heute noch viel mehr als während der Konzeption dieses Sammelbandes auf weltweit gefährdete Demokratien blicken. Ein vielerorts sinkendes Vertrauen in Regierung und Medien, nicht zuletzt ausgelöst durch die hier erwähnten Krisen der letzten Jahre, sowie eine durch künstliche Intelligenz verschwimmende Wahrnehmung von Realität und Fälschung begünstigten die Hinwendung zu populistisch vorgetragenen und scheinbar einfachen Lösungen, die der Komplexität der Herausforderungen jedoch unzureichend begegnen. Auch die jüngsten Entwicklungen in der US-amerikanischen Politik nach dem erneuten Amtsantritt Donald Trumps zementieren die Diagnose gefährdeter Demokratien.

So kann im Jahr 2026 die Prognose, die auf dem 2021 stattgefundenen Symposium noch mit gewisser Vorsicht vorgetragen wurde, als eingetreten gelten: Demokratien sind weltweit gefährdet, der Bedrohungszustand scheint sich kontinuierlich auszuweiten. Tagtäglich wird deutlich, dass »Demokratie [...] keineswegs als etwas ein für alle Mal Erreichtes zu sehen«<sup>3</sup> ist und ein aktiver Einsatz für die Resilienz ebendieser gefordert ist. Mit den Voraussetzungen und Ausprägungen dieser Resilienz befassen sich unter anderem die Beiträge in diesem Sammelband, die zwischen 2021 und 2024 entstanden sind.

Thomas Schaarschmidt eröffnet diesen mit seinen Überlegungen. In seinem Beitrag »Ein Masterplan zur stabilen Demokratie? Von erfolgreichen und gescheiterten Systemtransformationen in der Geschichte« markiert er die Meilensteine und Zäsuren der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, die Umbrüche in der Demokratie zur Folge hatten. Dabei untersucht er, welche Transformationen sich dabei vollzogen haben und inwiefern erst ein Blick in die Vergangenheit ebensolche Systemtransformationen erkennt. Schließlich zeichnet der Autor in seinem Längsschnitt unterschiedliche Transformationen nach und resümiert seinen Beitrag mit einem Plädoyer für eine aktive und engagierte Bürger\*innenschaft.

Der Artikel »Aus historischer Erfahrung. Demokratie leben – von unten« von Carl-Hans Hauptmeyer benennt die Herausforderungen, vor denen Demokratien angesichts zunehmender autokratischer und populistischer Strömungen stehen. Er betont die Notwendigkeit, Demokratie aktiv auf lokaler Ebene im Alltag zu leben, um ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken. Historische und aktuelle Bedrohungen für demokratische Systeme werden ebenso analysiert, wie die Rolle von Dezentralität und gemeindlich-genossenschaftlichen Strukturen als Mittel zur Förderung einer lebendigen Demokratie diskutiert wird.

Oliver Rathkolb untersucht in seinem Artikel »Plädoyer für mehr zeit-historische und neue Formen der Demokratiebildung« die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Europa, wobei die kurze Geschichte dieser Regierungsform im Vergleich zu autoritären Regimen hervorgehoben wird. Er diskutiert die Herausforderungen, denen Demokratien im 20. Jahrhundert gegenüberstanden, insbesondere im Kontext des Aufstiegs totalitärer Regime und der sozioökonomischen Krisen der Nachkriegszeit. Der Artikel reflektiert auch die Rolle von Bildung und kritischem historischen Bewusst-

3 Bernd Faulenbach: Gegen das Vergessen der Freiheits- und Demokratiegeschichte, in: Michael Parak (Hg.): Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung, Berlin 2018, S. 13-21, hier S. 13.

sein als Mittel zur Stärkung der Demokratie und stellt ein Modell zur Prävention autoritärer Tendenzen in der Gegenwart vor.

Der Beitrag »Der lange Schatten der NS-Vergangenheit und die Stabilität der Demokratie« von Hans-Ulrich Thamer ergründet währenddessen die anhaltenden Auswirkungen der nationalsozialistischen Vergangenheit auf die politische Kultur und die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Er untersucht, wie unterschiedliche Generationen und soziale Gruppen mit den Erinnerungen des Nationalsozialismus umgingen und wie dies die politische Landschaft prägte. Zudem wird die Rolle von öffentlichen Diskussionen in der Aufarbeitung der Vergangenheit thematisiert.

In ihrem Beitrag »Deutsche Teilungsgeschichte: Zwischen historischer Aufarbeitung und erinnerungskultureller Debatte« betrachten Christian Hellwig, Karolin Quambusch und Detlef Schmiechen-Ackermann die komplexe Auseinandersetzung mit der deutschen Teilung 35 Jahre nach dem Mauerfall. Ausgehend von dem an IDD durchgeführten Zeitzeug\*innen-Projekt »Die Grenze in der Feldmark« setzen sich die Autor\*innen mit aktuellen erinnerungskulturellen Debatten zur deutschen Teilungsgeschichte auseinander.

Dietmar von Reeken schreibt in seinem Artikel »Historische Bildung als Immunisierung? Überlegungen zum Stellenwert der Geschichte in unsicheren Zeiten« über die Rolle und Wirksamkeit des Geschichtsunterrichts in der heutigen Gesellschaft. Er wirft dabei einen kritischen Blick auf die Auswirkungen verschiedener Modelle auf Lehrende und Lernende und hinterfragt, inwiefern historische Bildung tatsächlich eine »Immunisierung« gegen undemokratische Entwicklungen bewirken kann.

Der Beitrag »Demokratiegeschichte als Aufgabe der historisch-politischen Bildung« von Michele Barricelli analysiert die Herausforderungen und Möglichkeiten der Vermittlung von Demokratiegeschichte im Bildungskontext. Er betont dabei die Notwendigkeit, Demokratie als etwas stets im Werden Begriffenes darzustellen und durch Erzählungen lebendig zu machen. Barricelli diskutiert grundsätzliche Schwierigkeiten bei der Erzählung von Demokratie, schlägt geeignete Themen für den Unterricht vor und beleuchtet die Bedingungen für eine erfolgreiche Vermittlung demokratiegeschichtlicher Inhalte.

Christian Hellwig und Abelina Junge untersuchen in ihrem Beitrag »»Bilder aus Veles«. Demokratische Meinungsbildungsprozesse im visuell verfassten digitalen Zeitalter« die Herausforderungen, die sich für Demokratien im Kontext einer zunehmend visuell geprägten Medienlandschaft ergeben. Der Beitrag diskutiert die Konsequenzen dieser Entwicklung für das politische Informationsverhalten über soziale Medien, insbesondere von Jugendlichen, und die Notwendigkeit einer Digital Citizenship Education zur Förderung kritischer Medienkompetenz.

Der Artikel »Inclusive Citizenship und Rassismuskritik als Demokratiekonzepte. Herausforderungen und Aufgaben einer subjektorientierten Politischen Bildung« von Lara Kierot und Dirk Lange befasst sich mit den Herausforderungen für demokratische Gesellschaften in Zeiten multipler Krisen. Die Autor\*innen diskutieren, wie Ansätze wie Inclusive Citizenship Education und Rassismuskritik zu einer subjektorientierten Politischen Bildung beitragen können. Dabei wird ein besonderer Fokus auf die Förderung von Mündigkeit, (Selbst-)Reflexivität und politischer Handlungsfähigkeit der Lernenden als aktive Subjekte in der Demokratie gelegt.

Die komplexe Beziehung zwischen kulturellem Erbe und Staatsbürger\*innenschaft in demokratischen Gesellschaften thematisiert Mathias Bös in seinem Artikel »Cultural Heritage und Citizenship. Wessen Erbe wird in der Demokratie gepflegt?«. Er zeichnet die historische Entwicklung des Konzepts des kulturellen Erbes nach von seiner ursprünglichen Verbindung mit der Idee einer homogenen Nation bis hin zu einem vielschichtigen Verständnis, das auch marginalisierte Gruppen und globale Perspektiven einschließt.

In »Verschwörungstheorien. Demokratische Herausforderung und schulische Relevanz« von Elizaveta Firsova-Eckert und Bastian Vajen werden die Verbreitung und Auswirkungen von Verschwörungstheorien unter Jugendlichen sowie deren Bedeutung für die politische Bildung zum Thema analysiert. Die Autor\*innen beleuchten die Prävalenz von Verschwörungstheorien in Deutschland und diskutieren die Faktoren, die den Glauben daran begünstigen.

Thomas Schwark stellt in seinem Artikel »Auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. Museen als demokratische Lernorte« die Entwicklung von Museen hinsichtlich ihrer demokratischen Ausrichtung und gesellschaftlichen Teilhabe dar. Dabei stellt er wichtige Wendepunkte dar wie die Französische Revolution, die Reformbewegungen des frühen 20. Jahrhunderts und den Paradigmenwechsel der 1960er-Jahre, der Museen zunehmend als Lernorte begriff. Der Autor diskutiert aktuelle Herausforderungen und Konzepte partizipativer Museumsarbeit, die darauf abzielen, Museen in der Mitte der Gesellschaft zu verankern.

In dem Artikel »Das Ausstellungsprojekt zum Gorleben-Treck als demokratiegeschichtlicher Beitrag« von Karolin Quambusch wird der Gorleben-Treck von 1979 als bedeutendes Ereignis in der Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung beleuchtet. Die 2019 im Historischen Museum Hannover gezeigte Sonderausstellung thematisierte diese Ereignisse und betonte die Bedeutung von Protest als Instrument demokratischer Mitbestimmung, insbesondere im Kontext aktueller umweltpolitischer Bewegungen wie »Fridays for Future«.

In ihrem Beitrag »Digital ist besser?! Geschichte(n) im Internet: Formate – Möglichkeiten – Herausforderungen« gibt Christine Schoenmakers

einen Überblick über innovative digitale Formate zur Vermittlung von Geschichte und Demokratiebildung. Sie stellt verschiedene Beispiele vor, darunter Webdokumentationen, Social-Media-Kanäle, Augmented-Reality-Apps und Serious Games, die historische Themen für ein breites Publikum aufbereiten. Dabei erörtert die Autorin sowohl die Chancen dieser neuen Medien für eine partizipative Erinnerungskultur als auch die damit verbundenen Herausforderungen.

»(Wie) Kann man »Demokratie« lernen? Zu den Möglichkeiten von Demokratiebildung in der Schule« fragt Theresa Bechtel und untersucht die Potenziale und Herausforderungen der Demokratiebildung im schulischen Kontext. Die Autorin skizziert die grundlegenden Charakteristika der Demokratiebildung und beleuchtet ihre Wirkungsräume sowie strukturelle und fachdidaktische Anforderungen in der Schule. Dabei werden sowohl die Schulkultur als auch der Fachunterricht als zentrale Ebenen der Demokratiebildung betrachtet.

Im Artikel »Aktuelle Herausforderungen an die Antisemitismus-Bekämpfung aus Sicht eines Landesbeauftragten (Oktober 2019 bis Januar 2023)« reflektiert Franz Rainer Enste die Rolle eines Landesbeauftragten im Einsatz gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens. Der Autor betont die Notwendigkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse über gesellschaftliche Entwicklungen und deren Einfluss auf antisemitische Stereotype in Handlungsstrategien umzusetzen. Der Artikel diskutiert die Bedeutung von Bildung und Prävention sowie die Integration jüdischer Kulturimpulse in das gesellschaftliche Leben als Mittel zur Bekämpfung von Antisemitismus.

Detlef Schmiechen-Ackermann rahmt mit seinem Beitrag »Demokratiegeschichte erforschen und Demokratiebewusstsein schaffen – eine große gesellschaftliche Herausforderung im 21. Jahrhundert« den Sammelband, indem er die Entwicklung des Demokratieverständnisses in Deutschland seit 1945 beleuchtet. Er analysiert den Prozess der Demokratisierung in der Bundesrepublik von den Anfängen der »Reeducation« durch die Alliierten bis hin zur heutigen Situation, in der demokratische Werte durch populistische und rechtsextreme Gruppen gefährdet sind. Der Autor betont die Notwendigkeit, Demokratie als Lebensform an jede neue Generation zu vermitteln, und plädiert für eine Stärkung der demokratiegeschichtlichen Erinnerungskultur.

Die Herausgeber\*innen danken den Autor\*innen für ihre Beiträge, welche die Durchführung des Symposiums und nun auch die Publikation dieses Bandes ermöglichten. Ein herzlicher Dank gilt der Stiftung Niedersachsen für die Förderung sowie dem Wallstein Verlag für die Betreuung des Publikationsprojektes.

## Ein Masterplan zur stabilen Demokratie?

Von erfolgreichen und gescheiterten Systemtransformationen  
in der Geschichte

*Thomas Schaarschmidt*

Für den 11. September 2021-20 Jahre nach dem Anschlag auf das World Trade Center in New York – hatte US-Präsident Biden den Abzug der letzten amerikanischen Truppen aus Afghanistan angekündigt. Tatsächlich räumten sie schon zwölf Tage vorher ihren letzten Stützpunkt auf dem Kabuler Flughafen, nachdem die Taliban zwei Wochen zuvor die afghanische Hauptstadt besetzt hatten. Mit deren Rückkehr endete der 20-jährige Versuch der westlichen Staaten, in Afghanistan eine funktionierende Demokratie mit einer lebendigen Zivilgesellschaft aufzubauen, die dem Land nach den Jahren der sowjetischen Besatzung, des Bürgerkriegs und der radikal-islamistischen Herrschaft der Taliban Stabilität geben sollte.

Angefangen hatte alles 2001 nach »9/11« mit dem erklärten Ziel, die Verantwortlichen der Terroranschläge von New York und ihre Unterstützer, die unter den afghanischen Taliban vermutet wurden, unschädlich zu machen. Dass sich die Bundeswehr mit einem starken Kontingent an dieser Mission beteiligte, war zunächst ein Akt der Solidarität mit den USA und wurde offiziell damit begründet, dass unsere Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt werden müsse, so der damalige deutsche Verteidigungsminister Peter Struck. Die Afghanen – ganz zu schweigen von den Afghaninnen – spielten dabei zunächst eine ganz untergeordnete Rolle.

Erst nach der erfolgreichen Vertreibung der Taliban aus Kabul und weiten Teilen des Landes standen die Interventionsmächte vor der Herausforderung, zusammen mit mehr oder weniger unbelasteten Repräsentanten des afghanischen Volkes neue politische Strukturen zu schaffen und mit dem Bau von Brunnen und Schulen den gesellschaftlichen Wiederaufbau in Gang zu bringen. Dieser verlief nie konfliktfrei, weil sich die westlichen Ideen einer modernen Gesellschaft in vielen Fällen nur schlecht mit den traditionellen Vorstellungen der afghanischen Regierung und der regionalen Machthaber in Einklang bringen ließen.

Lange haben wir uns mit den Erfolgsberichten über den Ausbau der Mädchenbildung und die zunehmende Rolle afghanischer Frauen in Politik und Gesellschaft aufgebaut, aber gerade das Geschlechterverhältnis blieb ein



Am 15.8.2021 werden 823 afghanische Bürgerinnen und Bürger, darunter 183 Kinder, mit einem Flugzeug der US-Luftwaffe aus Kabul evakuiert – <https://www.dvidshub.net/image/6785986/c-17-carrying-passengers-out-afghanistan>

zentrales Konfliktthema, auch wenn allen Beteiligten klar war, dass die erreichten Kompromisse viel besser waren als das, was Frauen und Mädchen nach einer Rückkehr der Taliban drohte. Wie weit der Aufbau einer Zivilgesellschaft in Afghanistan tatsächlich vorangeschritten war und wie viele Afghaninnen und Afghanen ihre Lebensplanung in den letzten Jahren an den neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen orientiert hatten, sehen wir erst jetzt nach dem Scheitern des Afghanistan-Experiments und der Flucht der Menschen, die um ihr Leben fürchten und für sich keine Zukunft in einem Emirat der

Taliban sehen. Nur wenige von ihnen schafften es, rechtzeitig den Kabuler Flughafen zu erreichen und mit einem der Evakuierungsflüge außer Landes gebracht zu werden.

Afghanistan – das jüngste Beispiel für das Scheitern einer demokratischen Transformation – ist Ausgangspunkt meiner Überlegungen zur Frage, ob es so etwas wie einen »Masterplan zur stabilen Demokratie« gibt oder geben kann und warum einige Systemtransformationen erfolgreich verlaufen, andere aber scheitern. Nach einem Versuch, 1) den Begriff »Transformation« so zu definieren, dass wir wissen, worüber wir reden, werde ich 2) fragen, wie die Vorstellungen von Systemtransformation in die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts einzuordnen sind, 3) welche Relevanz der erfolgreiche Aufbau einer parlamentarischen Demokratie in den drei ehemaligen Besatzungszonen Westdeutschlands für die Herausbildung eines Modells demokratischer Transformation hatte und 4) welche Rolle die Idee eines Masterplans bei den Systemtransformationen seit Mitte der 1970er-Jahre, dann aber vor allem nach

dem Fall der Berliner Mauer spielte, um dann abschließend einige Thesen zu den Bedingungen erfolgreicher Transformationen zu formulieren.

## Zur Definition von »Transformation«

In den letzten drei Jahrzehnten wurde der Begriff »Transformation« in Wissenschaft und Publizistik vorrangig verwendet, um die Umbrüche und Veränderungen in den postsozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas zu erklären.<sup>1</sup> Dabei steckt im Begriff »Systemtransformation« viel mehr, geht es dabei doch grundsätzlich um den Wechsel von einer Ordnung in eine andere. Mit ihm lässt sich nicht nur der Übergang von einer diktatorischen oder autokratischen Herrschaftsform in eine Demokratie beschreiben wie nach 1945 und 1989/90, sondern genauso gut auch die Errichtung einer Diktatur auf den Trümmern einer gescheiterten Demokratie oder die Ablösung postdiktatorischer Zusammenbruchsgesellschaften durch neue Formen der Diktatur und Autokratie.<sup>2</sup> Transformation ist auf jeden Fall mehr als die gewaltsame Durchsetzung einer neuen Herrschaftsstruktur in einem Putsch. Entscheidend ist, dass sich ein Systembruch mit tief greifenden Veränderungen vollzieht, durch den eine neue politische, gesellschaftliche und in vielen Fällen auch wirtschaftliche Ordnung entsteht.

So wie ich ihn definiere, hat der »Transformations«-Begriff große Ähnlichkeiten und Schnittmengen mit dem »Revolutions«-Begriff. Auch er beschreibt einen fundamentalen Systemwechsel, der in den meisten Fällen durch die revolutionären Subjekte gewaltsam erzwungen wird. Dass es daneben auch »friedliche Revolutionen« gibt, zeigte bereits der Sturz der Marcos-Diktatur auf den Philippinen im Februar 1986. Während mit »Revolution« aber meistens kurze Umbruchsphasen beschrieben werden, dient der »Transformations«-Begriff – ebenso wie das englische »transition« oder das spanische »transición« – generell dazu, langfristige Neuordnungsprozesse im Anschluss an Revolutionen zu erfassen.<sup>3</sup>

1 Vgl. From Eastern Bloc to European Union. Comparative Processes of Transformation since 1990, hg. von Günther Heydemann/Karel Vodička, New York 2019.

2 Vgl. Alexander Nützenadel: Transformation in Fascist Interbellum Europe, in: The Handbook of Political, Social, and Economic Transformation, hg. von Wolfgang Merkel/Raj Kollmorgen/Hans-Jürgen Wagener, Oxford 2019, S. 270-279.

3 Wolfgang Merkel/Raj Kollmorgen/Hans-Jürgen Wagener: Transformation and Transition Research. An introduction, in: The Handbook of Political, Social, and Economic Transformation (Anm. 2), S. 1-14.

Dass die Terminologie alles andere als trennscharf ist, sehen wir spätestens beim Begriff der »Industriellen Revolution«, die sich über viele Jahrzehnte hinzog. Sie wurde auch nicht durch offene Gewaltausbrüche vorangetrieben und ließe sich folglich problemlos mit dem Begriff »Transformation« beschreiben. Zugleich spricht Ralph Jessen davon, dass »die eigentliche soziale Revolution« nach 1989, bei der »in der konkreten Lebenswelt jedes Einzelnen das unterste zuoberst« gekehrt wurde, erst nach der »Friedlichen Revolution« stattfand. »Aus der Erfahrungsperspektive vieler Menschen«, so Jessen, »war die Transformationszeit eine Revolution nach der Revolution.«<sup>4</sup>

Das lenkt den Blick gleich auf die nächste Frage, wann Transformation endet. Alle Analysen von Systemtransformationen verweisen darauf, dass die Prozesse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht synchron verlaufen. Während sich neue Institutionen und eine andere Wirtschaftsordnung im Verlauf weniger Jahre realisieren lassen, kann die gesellschaftliche Transformation und die Entstehung einer Zivilgesellschaft Jahrzehnte in Anspruch nehmen, nach Ralf Dahrendorf bis zu zwei Generationen.<sup>5</sup> Nähme man das zum Maßstab, wäre die Transformation der deutschen Gesellschaft nach 1945 erst nach der Jahrtausendwende abgeschlossen gewesen, als in den neuen Bundesländern bereits die nächste Transformation in vollem Gange war.

## Systemtransformationen in der Zeitgeschichte

Bis vor wenigen Jahren dominierte in der westlichen Welt die Vorstellung, dass Demokratie machbar sei. Nachdem es den westlichen Siegermächten nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen war, in Westdeutschland, Österreich, Italien und Japan stabile Demokratien zu etablieren, schien sich die Erfolgsgeschichte der demokratischen Transformation seit Mitte der 1970er-Jahre mit der Ablösung diktatorischer Regime in Südeuropa, Lateinamerika und Südostasien fortzusetzen, um sich dann nach dem Fall der Berliner Mauer auf alle Kontinente auszudehnen.

Diese optimistische Wahrnehmung spiegelt sich in diesen beiden Karten des Pew Research Centers von 2019 wider, die die Ausbreitung demokratischer

4 Ralph Jessen: Revolution und Transformation. Anerkennungskämpfe in der Vereinigungsgesellschaft, in: Jahrbuch Deutsche Einheit 2020, hg. von Marcus Böick/Constantin Goschler/Ralph Jessen, Berlin 2020, S. 24-45, hier S. 35.

5 Ralf Dahrendorf: Betrachtungen über die Revolution in Europa, Stuttgart 1990, S. 101; vgl. Günther Heydemann/Karel Vodička: Post-Communist Space. State of consolidation and prospects: politics, economy, society. Conclusion, in: From Eastern Bloc (Anm. 1), S. 306-365, hier S. 308.